

**Konsequent.
Für eine neue
soziale Idee.**

DIE LINKE.
I M B

Rundbrief, MdB Susanne Ferschl

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende | Sprecherin für Gute Arbeit

Betriebsrätekonferenz in München

Arbeitgeber planen mit Konservativen den Angriff auf das Arbeitszeitgesetz: Längere Arbeits- und kürzere Ruhezeiten sind ihr Ziel. Arbeitszeitfragen sind Machtfragen. Sie werden nicht im herrschaftsfreien Raum diskutiert. Es ist an uns, uns für selbstbestimmte Arbeitszeiten zusammenzuschließen und dafür zu streiten.

Hierzu hat DIE LINKE im Bundestag als „Fraktion vor Ort“ mit 100 Betriebs- und Personalräten, Hauptamtlichen aus Gewerkschaften und Wissenschaft diskutiert. Trotz Erfolgen vergangener Tarifabschlüsse gehört das Thema auf die Agenda der Politik. Denn es geht um gesellschaftliche Umverteilung.

Werden gesetzliche Regelungen aufgeweicht, kommt alles ins Wanken. Aus unserer Sicht sind daher Arbeitszeitverkürzungen und die Stärkung der Tarifbindung notwendig, erst Recht in Zeiten der Transformation. Die vielen Vorschläge und Ideen der Kolleginnen und Kollegen haben wir notiert und lassen sie in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.



In diesem Newsletter

Neuigkeiten aus Bundestag und Wahlkreis:

- Betriebsrätekonferenz in München
- Vorgestellt: Das neue Arbeitslosengeld Plus
- Einschätzung zum Pflegegeldverbesserungsgesetz
- IG-Metall-Gewerkschaftstag in Bayern

“Arbeitszeitfragen sind Machtfragen. Sie werden nicht im herrschaftsfreien Raum diskutiert.”

“DIE LINKE hat ein Konzept entwickelt, das so einfach wie gerecht ist: Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, profitiert auch länger.”



Neues Konzept:

Das Arbeitslosengeld Plus

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Hartz-IV-Sanktionen in Teilen verfassungswidrig sind – eine wichtige Entscheidung, die uns aber nicht weit genug geht.

Die ganze Agenda 2010 muss rückgängig gemacht werden. Sie ist ein bisher beispielloser Angriff auf unseren Sozialstaat und seine Sicherungssysteme und hat so das gesellschaftliche Klima vergiftet. Breite Bevölkerungskreise wurden – egal ob mit oder ohne Berufsbiografie – dem Fürsorgeregime Hartz IV ausgeliefert und das Vertrauen in den Sozialstaat und seine sozialen Sicherungssysteme wurde erschüttert.

Gerade in Zeiten von Transformation und Konjunkturabschwung muss das Vertrauen der Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme gestärkt werden. Beschäftigte brauchen

Perspektiven, wenn mit dem Arbeitsplatz auch die Zukunftsplanung unsicher wird.

DIE LINKE hat ein Konzept entwickelt, das genau hier ansetzt und dabei so einfach wie gerecht ist: Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, profitiert auch länger. Das Arbeitslosengeld (ALG) muss höher sein, früher greifen und länger gezahlt werden.

Im Anschluss daran schützt das neue Arbeitslosengeld Plus (ALG Plus) davor, auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen zu sein. Wer zum Beispiel 25 Jahre beschäftigt war, erwirbt Anspruch auf 35 Monate ALG I und 35 Monate ALG Plus. Das ist gerecht, denn es erkennt die Lebensleistung von Menschen an und Arbeitgeber werden an der Finanzierung beteiligt.

Wiedergewählt als stellv. Fraktionsvorsitzende

Bei der Fraktionssitzung am 12.11. wurde ich als Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit, Soziales und Gesundheit“ und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag wiedergewählt.

Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit sind mir eine Herzensangelegenheit. Es ist mir eine große Ehre, diese elementaren Bereiche im Fraktionsvorstand weiterhin zu vertreten. Hier kann ich meine Erfahrungen aus über 20 Jahren Betriebsrattätigkeit einbringen und weiterhin Impulse setzen!



“Pflege darf weder Pflegekräfte noch Pflegebedürftige arm machen. Langfristig fordert DIE LINKE eine solidarische Pflegeversicherung, in die alle einbezahlen, denn jeder kann pflegebedürftig werden.”



Einschätzung:

Das neue Pflegegelöhneverbesserungsgesetz

Die Bundesregierung hat mit dem Pflegegelöhneverbesserungsgesetz einen wichtigen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der das Lohnniveau in der Altenpflege auf Tarifniveau anheben soll.

Das ist ein notwendiger Schritt, wie eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit (BA) in meinem Auftrag ergeben hat.

Inzwischen arbeiten fast zwei Drittel der Altenpflegehelfer und immerhin 14 Prozent der Altenpflegefachkräfte trotz Vollzeit nur zu einem Niedriglohn. Der

Haken: Der Gesetzesentwurf lässt die Finanzierung offen. Das wird die Eigenanteile der pflegebedürftigen Heimbewohner erhöhen und so mehr Menschen in die Sozialhilfefalle treiben.

Damit das nicht passiert, fordert DIE LINKE eine realistische Gegenfinanzierung sowie eine sofortige Deckelung der Eigenanteile. Pflege darf weder Pflegekräfte noch Pflegebedürftige arm machen. Langfristig fordert DIE LINKE eine solidarische Pflegeversicherung, in die alle einbezahlen, denn jeder kann pflegebedürftig werden.

IG-Metall-Gewerkschaftstag in Bayern

Der diesjährige IG-Metall-Gewerkschaftstag fand in Bayern statt. Natürlich habe ich die Kolleg*innen besucht. Beim parlamentarischen Abend der Fraktion DIE LINKE im Bundestag durfte ich unsere Fraktionsvorsitzenden bei der Ansprache vertreten und habe viele interessante Gespräche geführt.

Besonders gefreut hat mich, dass auch bayerische Kolleg*innen mich besucht haben. Das Thema Transformation der Arbeitswelt dominierte den Abend. Dazu werde ich im kommenden Jahr eine Veranstaltungstour durch Bayern machen.

An dieser Stelle nochmals meine herzlichen Glückwünsche an den wiedergewählten Vorstand und die Vorsitzenden Jörg Hofmann und Christiane Benner!





Meine Reden im Bundestag

26. September:

Pflegekräfte in die Tarifbindung!

18. Oktober:

Impflücken schließen

15. November:

Arbeitslosenversicherung stärken – Beschäftigte sichern!

11. Dezember

Tafeln und Almosen lösen die Probleme nicht

Alle Reden findet ihr auch auf meiner Website unter:
www.susanne-ferschl.de/category/reden

Bürgersprechstunde

Monatlich gibt es die Möglichkeit an meinen Bürgersprechstunden teilzunehmen. Anmeldungen und Terminvereinbarungen erfolgen über mein Wahlkreisbüro.

Presseecho

Süddeutsche Zeitung

Kleine Anfrage von
Susanne Ferschl in der
Süddeutschen Zeitung:

**Lehrer: Schuljahr vorbei,
Job weg**

Süddeutsche Zeitung, 25. Juli 2019

tagesschau¹

Statement Susanne Ferschl
auf Tagesschau.de:

**Pflegehelfer oft mit
Niedriglöhnen**

Tagesschau.de, 24. Oktober 2019

Wirtschafts Woche

Statement Susanne Ferschl
in der Wirtschaftswoche

**Kritik am Hitzeaktions-
plan der Grünen: "Das ist
Aktionismus ohne Sinn
und Verstand"**

Wirtschaftswoche, 25. Juli 2019

ZEIT ONLINE

Statement Susanne Ferschl
auf Zeit Online:

**Linke im Bundestag
fordert neues "Arbeits-
losengeld Plus"**

Zeit.de, 6. November 2019

DER TAGESSPIEGEL

Statement Susanne Ferschl
im Tagesspiegel:

**7,5 Millionen Erwerbs-
tätige betroffen – Jeder
Fünfte in Deutschland
arbeitet nicht in norma-
lem Arbeitsverhältnis**

Tagesspiegel, 15. September 2019

Augsburger Allgemeine

Anfrage von Susanne
Ferschl in der Augsburger
Allgemeinen:

**Soziale Sicherung – Wa-
rum vielen Hartz IV statt
Arbeitslosengeld droht**

Augsburger Allgemeine,
14. November 2019

Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

susanne.ferschl@bundestag.de
Tel.: (030) 227-74247

Wahlkreisbüro Kaufbeuren
Johannes-Haag-Str. 26
87600 Kaufbeuren

susanne.ferschl.wk@bundestag.de
Tel.: (08341) 9618100

Bürgerbüro Augsburg
Mauerberg 31
86152 Augsburg

www.susanne-ferschl.de
Tel.: (0162) 3044373

www.susanne-ferschl.de